

## Rote Linien 07.12.2011



**KAIRO/BERLIN** (Eigener Bericht) - Berliner Regierungsberater debattieren über Maßnahmen zur Schwächung der Muslimbruderschaft in Ägypten. In der ersten Runde der dortigen Parlamentswahl hat die Partei der Freiheit und Gerechtigkeit, die als parteipolitischer Arm der Bruderschaft fungiert, einen deutlichen Sieg erzielt. Islamistische Parteien können insgesamt auf eine Zweidrittelmehrheit hoffen. Es sei damit zu rechnen,

dass dies zu einer weniger am Westen orientierten Außenpolitik der Kairoer Regierung führe, heißt es unter Experten: "Der Aufstieg der Bruderschaft bedeutet, dass die kommende ägyptische Regierung weniger Bereitschaft zur Kooperation mit Europa zeigen wird." Die EU müsse "sicherstellen, dass der Aufstieg der Muslimbruderschaft ein kurzfristiges Phänomen bleibt und dass sie (...) eine Schädigung europäischer Interessen nicht duldet", fordert ein Experte in der Zeitschrift *Internationale Politik*, dem wichtigsten Medium des außenpolitischen Establishments in Berlin. Die aktuellen Spannungen zwischen der Muslimbruderschaft und dem Westen täuschen darüber hinweg, dass beide Seiten einst kooperierten - im Kalten Krieg gegen die realsozialistischen Staaten.

### Der Wahlsieger

Mit erheblicher Sorge reagiert Berlin auf den deutlichen Sieg islamistischer Parteien in der ersten Runde der Parlamentswahl in Ägypten. Nach Auszählung aller Stimmen in rund einem Drittel der ägyptischen Provinzen führt die Partei der Freiheit und Gerechtigkeit (Freedom and Justice Party, FJP) mit rund 37 Prozent. Sie steht der Muslimbruderschaft nahe. Auf Rang zwei kam die radikal-islamistische Nur-Partei; sie erreichte gut 24,5 Prozent. Abgeschlagen lag die liberale Ägyptische Allianz (Egyptian Bloc) mit gut 13 Prozent auf Rang drei. Die zweite sowie die dritte Wahlrunde folgen am 14. Dezember und am 3. Januar. Mit dem Sieg der Muslimbruderschaft war schon lange gerechnet worden. Sie sei "eine geschlossene politische Bewegung", die "auf beispiellose Weise in der Lage" sei, "ihre Anhänger zu mobilisieren", hieß es unlängst in einem Beitrag in der Zeitschrift *Internationale Politik*. Über die im Westen favorisierte liberale Protestbewegung vom Tahrir-Platz war dagegen zu lesen: "Die Zahl der politisch Aktiven bleibt erstaunlich niedrig, denn sie kommen aus der Gruppe politisch gebildeter Internetnutzer, deren Anteil an der ägyptischen Bevölkerung ohnehin schon sehr gering ist."[1]

### Weniger kooperationsbereit

Sorge weckt im Westen vor allem die Überlegung, die Muslimbruderschaft könne als stärkste Kraft in Kairo eine außenpolitische Neuorientierung erzwingen. "Der Aufstieg der Bruderschaft bedeutet, dass die kommende ägyptische Regierung weniger Bereitschaft zur Kooperation mit Europa zeigen wird", mutmaßt die *Internationale Politik*. Ägypten werde sich unter islamistischem Einfluss, heißt es weiter, womöglich denjenigen Staaten annähern, die - wie etwa Iran - "dem Einfluss des Westens einen Riegel vorschieben wollen". Auch die Bereitschaft zur Kooperation mit Israel werde sinken, die Zusammenarbeit mit der Hamas hingegen zunehmen. Um dem drohenden Einflussverlust schon jetzt vorzubeugen, müsse die EU "unmissverständlich aufzeigen, welche Verhaltensweisen sie akzeptiert und welche nicht".[2] Entsprechend hat der deutsche Außenminister unlängst erklärt, es gebe aus Sicht Berlins "rote Linien", die Kairo exakt beachten müsse: "auf Gewalt verzichten, sich zu Demokratie, Rechtsstaat, Pluralismus sowie zum inneren und äußeren Frieden bekennen". Die Bundesregierung sei "auf Arbeitsebene" schon längst mit Aktivisten der Muslimbruderschaft im Gespräch, "von denen wir denken, dass sie die roten Linien beachten".[3]

### Liberalismus als Kampfmittel

Gleichzeitig werden in Berlin Möglichkeiten sondiert, die Muslimbruderschaft strategisch zu schwächen sowie den Einfluss prowestlich-liberaler Kräfte zu stärken. Die PR-wirksamen Auftritte hochrangiger deutscher Politiker auf dem Tahrir-Platz sowie die "Tahrir-Lounge", die in der Filiale des Goethe-Instituts in Kairo als ein Treffpunkt für liberale Zirkel eröffnet worden ist, sollen dazu beitragen. Für wichtiger halten es manche jedoch, den Islamisten außerhalb der Städte das Wasser abzugraben. "In vielen ländlichen Regionen hat die

Bruderschaft fast ein Machtmonopol", heißt es in der Internationalen Politik: "Europa und die progressiven Gruppen in Ägypten können diesen Einfluss nur bekämpfen, wenn sie freiheitliche Ideen verbreiten und den Menschen beibringen, wie sie sich politisch organisieren können." Dies solle mit Hilfe von "Nicht-Regierungsorganisationen" geschehen. Da die Muslimbruderschaft ihren Einfluss stark mit karitativen Tätigkeiten zementiere, müsse man sich außerdem um die Belange der ländlichen Bevölkerung kümmern. Dazu könne die europäische "Wirtschaftshilfe" für Ägypten genutzt werden: Die EU müsse "sicherstellen, dass die Regierung zumindest Teile dieser Hilfe nutzt, um Dienstleistungen in jenen Regionen auszubauen, die von Bildungs-, Sozial- und medizinischen Einrichtungen bedient werden, die der Bruderschaft nahe stehen." Über die Ursache der westlichen Sorge um die ägyptische Landbevölkerung heißt es explizit: "Der 'Parallelstaat' der Organisation (der Muslimbruderschaft, d.Red.) muss abgebaut werden, um die Unterstützung für die Bruderschaft zu schmälern." [4]

### **Machtfaktor Militär**

Dabei setzt der Westen bei seinem Versuch, die islamistischen Kräfte einzugrenzen, durchaus auch auf die Generäle. "Unter den drei breiten Machtblöcken in Ägypten - dem Militär, den Islamisten und den säkularen Demokraten - hat sich der letztere als der schwächste erwiesen", heißt es in einer US-Analyse. Das Militär hingegen bleibe "geeint und mächtig". Es sei "klar, dass die Fraktion, für welche die westlichen Regierungen und Medien eintreten" - also die Liberalen -, "nun entweder die islamistische Agenda akzeptieren, das Militär unterstützen oder in Irrelevanz verblassen muss". [5] Auch deutsche Pressekommentatoren urteilen, man könne sich gegen die Muslimbruderschaft auf die Streitkräfte verlassen. "Die Realisten unter den Muslimbrüdern werden wissen, dass das Militär immer noch ein entscheidender Machtfaktor in Ägypten ist", heißt es beispielsweise: Es sei "wenig wahrscheinlich, dass die Generäle, die enge Verbindungen zur westlichen Welt, insbesondere nach Amerika, unterhalten, mit einer quasi-theokratischen Ausrichtung der ägyptischen Politik einverstanden wären." [6]

### **Heiliger Krieg**

Die aktuellen Spannungen zwischen dem Westen und der Muslimbruderschaft täuschen darüber hinweg, dass beide Seiten in der Vergangenheit durchaus eng miteinander kooperierten. Dies war etwa in den 1950er Jahren der Fall. Damals forderte ein Propagandaspezialist aus der Regierung von US-Präsident Dwight D. Eisenhower, man müsse im globalen Systemkampf auf ein Bündnis mit frommen Muslimen setzen - insbesondere mit Strömungen wie etwa der damals erstarkenden Muslimbruderschaft, die als zuverlässig antikommunistisch galt. Eisenhower war während seiner zweiten Amtszeit sogar der Ansicht, man solle in islamisch geprägten Ländern, in denen man mit Moskau rivalisiere, "alles tun, um den Aspekt des 'Heiligen Krieges'" gegen sozialistische Kräfte "zu betonen". [7] Lobend erwähnte er den saudischen König Ibn Saud, der nach einem Besuch in den USA "alle Araber aufgerufen" habe, "sich dem Kommunismus zu widersetzen". 1957 urteilte eine von der Regierung in Washington eingesetzte Arbeitsgruppe, man solle im Zweifelsfall eher mit islamistischen als mit gemäßigt islamischen Kräften gegen den Realsozialismus kooperieren. Nur wo sozialistische oder an Moskau orientierte Kräfte keine Bedeutung mehr hatten, verlor die Zusammenarbeit des Westens mit islamistischen Kräften ihre Funktion; um 1990 herum war dies fast überall der Fall. Dennoch zeigt die Entwicklung, dass die westliche Gegnerschaft gegenüber der Muslimbruderschaft keine prinzipielle ist, sondern von den politischen Umständen abhängt - und unter entsprechenden Bedingungen wieder in ein Bündnis umschlagen kann. [8]

[1], [2] Eric Trager: Unverwüstliche Muslimbruderschaft. Düstere Aussichten für ein freies Ägypten und einen friedlichen Nahen Osten, Internationale Politik November/Dezember 2011

[3] Deutschland hält Kontakte zur Muslimbruderschaft; www.ftd.de 24.11.2011

[4] Eric Trager: Unverwüstliche Muslimbruderschaft. Düstere Aussichten für ein freies Ägypten und einen friedlichen Nahen Osten, Internationale Politik November/Dezember 2011

[5] Egypt and the Idealist-Realist Debate in U.S. Foreign Policy; www.stratfor.com 06.12.2011

[6] Ägyptischer Herbst; www.faz.net 04.12.2011

[7] Ian Johnson: A Mosque in Munich. Nazis, the CIA, and the Muslim Brotherhood in the West, Boston/New York 2010. S. dazu **Der religiöse Faktor** und die **Doppelrezension: Der politische Islam im Westen**

[8] Ein Beispiel hierfür bietet die Kooperation des Westens mit islamistischen Milizen in Libyen im Krieg gegen Muammar al Gaddafi. S. dazu **Wichtiger als Menschenrechte**

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)